

RN/242

1.49

Abgeordneter Wolfgang Moitzi (SPÖ): Sehr geehrte Frauen Präsidentinnen! Frauen verdienen in Österreich im Schnitt noch immer um 18 Prozent weniger pro Stunde – 18 Prozent, und das im Jahr 2026! Das heißt, dass Frauen statistisch gesehen über zwei Monate im Jahr gratis arbeiten. Der Einkommensbericht des Rechnungshofes über die rund 440 Unternehmen, die der Rechnungshof prüft, weil sie in öffentlicher Hand oder im Miteigentum der öffentlichen Hand sind, hat auch die wirtschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen aufgezeigt, die noch immer besteht.

Auch 2023, 2024 verdienen Frauen im Nahbereich der öffentlichen Hand nicht deshalb weniger, weil sie weniger können, sondern weil sie weniger dürfen. Was aber positiv ist: Dort, wo Strukturen transparenter sind, wie eben im öffentlichen Dienst, ist der Gender-Pay-Gap deutlich niedriger als in der Privatwirtschaft. Warum? – Weil dort Gehaltstabellen vorliegen, weil Einstufungen nachvollziehbar sind, weil Beförderungen dokumentierbar sind und weil Transparenz Macht begrenzt.

In der Privatwirtschaft hingegen sind Gehälter oft Verhandlungssache, und wir wissen: Verhandlungsmacht ist ungleich verteilt, Netzwerke sind ungleich verteilt. In den Führungsebenen ist das Geschlechterverhältnis aber noch immer extrem ungleich – und das hat der Rechnungshofbericht auch aufgezeigt. Nur knapp ein Viertel der Vorstands- und Geschäftsführungsposten ist mit Frauen besetzt.

Bei den Aufsichtsräten hat es der öffentliche Dienst vorgemacht, und es zeigt sich: Die Quote wirkt. Deshalb müssen wir jetzt auch auf andere Bereiche aufschließen. Genau deshalb ist es und war es wichtig, dass wir die Women-on-

Boards-Richtlinie umsetzen, damit Frauen in den Aufsichtsräten endlich genügend repräsentiert sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Genau da kommt auch die entscheidende Schlussfolgerung ins Spiel: Mehr Lohntransparenz wie im öffentlichen Dienst sorgt für gerechtere Einkommen. Dort, wo es Frauenquoten gibt, sind auch Frauen in Führungsrollen. Wo Einkommen offengelegt werden müssen, wo Unternehmen Bericht erstatten müssen, da verkleinert sich der Gender-Pay-Gap – nicht, weil plötzlich alle Menschen moralischer sind, sondern weil Ungerechtigkeit nicht mehr im Dunkeln stattfinden kann.

Transparenz ist kein Angriff auf Unternehmen, Transparenz ist ein Schutz für Fairness. Transparenz schafft Vertrauen, Transparenz schafft Vergleichbarkeit, Transparenz schafft Druck und Korrektur. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, kämpfen wir als Sozialdemokratie und auch die Bundesregierung für klare Regeln. Wir wollen mehr Transparenz und mehr verbindliche Zielvorgaben durch die konsequente Umsetzung der Richtlinie zur Lohntransparenz und eine Vereinbarkeitspolitik, die diesen Namen auch wirklich verdient, damit Karriere nicht länger davon abhängt, wer zu Hause die unbezahlte Arbeit macht. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

1.52

Präsidentin Doris Bures: Zu Wort ist dazu nun niemand mehr gemeldet, damit ist die Debatte geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlusswort? – Das ist nicht der Fall.